

Das Kleingedruckte in den Wahlprogrammen zur Europawahl 2014

www.netzfrauen.org

Aussagen in Parteiprogrammen – Teil 5:

Wahlprogramm zur Europawahl 2014 der CSU (Europaplan)

Da wir einige Aussagen im Parteiprogramm gefunden haben, die unserer Meinung nach sehr aufschlussreich sein könnten, führen wir nachfolgend nach alphabetischen Stichworten ausschnittsweise Zitate auf (verkürzt von 18 Seiten auf 3 Seiten)

Beschäftigung: „...erleichterter Austausch von Fachkräften und eine vereinfachte Anerkennung von Abschlüssen innerhalb der EU... Die duale Ausbildung in Deutschland ist ein Erfolgsmodell... wollen, dass der Meisterbrief und die Rechtsstellung des Meisters erhalten bleiben...“

Bürokratie-Abbau: „...in Brüssel und in Straßburg... wollen, dass einer der beiden Standorte geschlossen wird... Aufblähung der EU-Apparate soll durch einen Stellenstopp gebremst werden. Vor allem die vielen über ganz Europa verstreuten EU-Agenturen müssen auf den Prüfstand... wollen die Umsetzung der Empfehlungen der „Stoiber-Kommission“ zum Bürokratieabbau, einen obligatorischen Bürokratiecheck aller neuen Rechtsakte und die Überprüfung aller bestehenden Regelungen... soll die EU-Kommission nur noch tätig werden, wenn es um den Kernbestand der Grundfreiheiten geht...“

Datenschutz: „...die informationelle Selbstbestimmung der Menschen genauso schützen wie Unternehmen vor Industriespionage...zum Schutz unserer Daten, unserer Ideen, unserer Patente besonders gefordert.... Der Datensammelwut, dem intransparenten Handel und dem profitgierigen Nutzen von Daten wollen wir Einhalt gebieten....eigene Fähigkeiten zum Schutz von IT-Infrastrukturen vor Kriminalität und Terrorismus, aber auch vor Ausspähung durch andere Staaten. Dafür ...eine eigene Sicherheitsindustrie aufgebaut werden...“

Energie / Umwelt: „...widersetzen uns entschieden, wenn aus Brüssel Wettbewerbsnachteile für deutsche Unternehmen kommen – seien es überzogene CO2-Vorgaben für die deutsche Automobilindustrie, sei es das Verbot erleichterter Strompreise für energieintensive Betriebe...“

Europa: „...Deswegen sagen wir Ja zu Europa... die Direktwahl von Abgeordneten in Wahlkreisen einführen... wollen die „delegierten Rechtsakte“ abschaffen: Künftig soll die Kommission keine Vorschriften mehr ohne die Zustimmung von Rat und Parlament erlassen können... neue Gerichtshof soll besetzt werden mit Richtern aus den nationalen Verfassungsgerichten... über die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips wachen, damit Brüssel nur dort tätig wird, wo eine nationale Regelung nicht ausreicht... gut, dass eine Budgetreduzierung für die EU erreicht werden konnte. Diese Reduzierung sollte verstetigt werden... wollen keinen Zentralstaat Europa... soll es in den staatlichen Kernbereichen der Haushaltspolitik, der Steuerpolitik, der Bildungspolitik, der Sozialpolitik und der Wirtschaftspolitik keine weiteren Kompetenzübertragungen an Brüssel... Ausnahme kann gemacht werden für mehr Kontrollen in stark verschuldeten Eurostaaten... Daseinsvorsorge muss auch weiterhin in der Hand der Kommunen bleiben. Alles, was die Menschen vor Ort angeht – vom Nahverkehr bis zum Trinkwasser – soll vor europäischen Eingriffen geschützt werden... wollen mehr Kontrollrechte für die nationalen Parlamente... wollen, dass die

starken und aktiven Regionen in diesem Gremium mehr Gewicht erhalten und streben eine Aufstockung der bayerischen Mandate an. Der Ausschuss der Regionen soll künftig dagegen einschreiten können, wenn EU-Organen gegen das Subsidiaritätsprinzip verstoßen... Alle Euro-Staaten müssen die verschärften Stabilitätskriterien dauerhaft einhalten... ein gemeinsamer Tilgungsfonds in Europa... trifft auf unser entschiedenes Nein... Krisenstaaten dürfen auch künftig nur Hilfen bekommen, wenn sie im Gegenzug Reformen durchführen und ihre Verschuldung bekämpfen. Wenn ein Staat den Auflagen nicht nachkommt, müssen die Hilfen entsprechend gekürzt oder ganz gestrichen werden... Für überschuldete Staaten soll eine geordnete Staateninsolvenz möglich sein... die Möglichkeit gehören, die Eurozone vorübergehend zu verlassen und wieder eine eigene Währung einzuführen... Finanzierung von Krisenstaaten über die Notenpresse lehnen wir entschieden ab... wollen, dass Deutschland in Grundsatzfragen ein Vetorecht im EZB-Rat bekommt und die Bundesbank einen ständigen Sitz... wollen, dass in den EU-Institutionen mehr deutsch gesprochen wird... Deutsch ist die meistgesprochene Muttersprache in Europa, jeder dritte EU-Bürger kann deutsch zumindest als Fremdsprache. Trotzdem...EU-Behörden viel weniger deutsch... als englisch oder französisch.... wichtige EU-Dokumente... nicht in deutscher Übersetzung vorgelegt.... Deutsch muss endlich gleichberechtigte Arbeitssprache in Europa werden. Die Benachteiligung der deutschen Sprache in den EU-Institutionen muss beendet werden... Europäische Union soll in der kommenden Legislaturperiode keine neuen Mitgliedstaaten aufnehmen. Wir sind gegen die Vollmitgliedschaft der Türkei.“

Europa: Militär / Sicherheit: „...Dazu gehört auch eine bessere gemeinsame Nutzung militärischer Fähigkeiten und eine sinnvolle Abstimmung im Rahmen der NATO.“

Finanzen: „ ... lehnen wir einen europäischen Einlagensicherungsfonds ab. Jedes Land muss selber für die Sicherheit seiner Spareinlagen sorgen. Für die Rettung notleidender Banken ist ebenfalls das jeweilige Land zuständig...“

Forschung: „...Unsere nächsten Anstrengungen müssen europäische Projekte der Informationstechnologie und der IT-Infrastruktur sein, die uns unabhängig machen und auf Augenhöhe zu den Anbietern in USA und Asien bringen...“

Freihandelsabkommen (TTIP): „...noch intensiver dem Ausbau der Handelsbeziehungen mit Drittstaaten widmen... für Transparenz und Dialog bei einem Freihandelsabkommen der EU mit den USA... Das Exportland Bayern wird davon besonders profitieren....Verhandlungen auf Augenhöhe, mit beiderseitigem Respekt und in größtmöglicher Transparenz... offene Dialog über den Verhandlungsverlauf... deutlich intensiver werden.... mehr Information der Bevölkerung... mehr Beteiligung der nationalen Parlamente.... Im Umweltschutz, im Verbraucherschutz, bei der Lebensmittelsicherheit, im Tierschutz, im Gesundheitsschutz, im Datenschutz, im Arbeitnehmerschutz, bei unseren Qualitätsstandards darf es keine Absenkung unserer bewährten und hohen Schutzstandards durch das Freihandelsabkommen geben. Eine Lockerung unserer strikten Regeln etwa gegen Gentechnik oder gegen Hormonfleisch kommt nicht in Frage. Die kommunale Daseinsvorsorge muss auch im Freihandelsabkommen geschützt bleiben. Unser bayerisches **Trinkwasser** ist kein Fall für Brüssel und erst recht kein Fall für Amerika. Unsere nationale Gesetzgebung soll nicht durch internationale Schiedsgerichte ausgehebelt werden...“

Gentechnik: „... wollen, dass Bayern über den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen selbst entscheiden kann... fordern, das Klonen von Tieren für landwirtschaftliche Zwecke, das Inverkehrbringen von Klontieren und Klonembryonen sowie Lebensmittel von Klontieren in der EU zu verbieten...“

Kultur / Menschenrechte: „...wollen, dass Europa seine kulturelle und sprachliche Vielfalt achtet... Vielfalt Europas darf durch die Europäische Einigung nicht zugedeckt werden. Darauf achten wir Bayern mit besonderem Augenmerk.“

Land-/ Forstwirtschaft: „...Agrarbeihilfen der EU sollen beibehalten... Erstmals werden... kleinere landwirtschaftliche Betriebe besser gefördert. Die Pläne ... zur Abschaffung der Agrarbeihilfen lehnen wir entschieden ab...“

Religion: „ ... Europas geistige Fundamente sind die christlichabendländische Kultur und der Humanismus. Staaten, die diese Werte nicht teilen, dürfen nicht Mitglied der Europäischen Union werden... für ein Ende der Christenverfolgung weltweit einsetzen... muss Ehrfurcht vor dem Leben zeigen... mit Sorge, dass in europäischen Nachbarländern Euthanasie und aktive Sterbehilfe legalisiert werden.... nicht der Weg Europas sein... muss sich zum Lebensschutz von alten, kranken, ungeborenen und behinderten Menschen bekennen... christliche Menschenbild gebietet den Schutz des ganzen Lebens vom Anfang bis zum Ende...“

Steuern / Abgaben: „...erteilen einer EU-Steuer eine klare Absage... muss der sogenannte „Britten-Rabatt“ endlich beendet werden... Künftig sollen Reisende aus dem Ausland eine PKW-Maut auf deutschen Bundesautobahnen bezahlen.... Fahrzeughalter in Deutschland zahlen bereits genügend für unsere Verkehrsinfrastruktur und werden deshalb durch die Maut nicht zusätzlich belastet...“

Teilhabe / Bürgerbeteiligung: „...soll die Bevölkerung direkt gefragt werden... insbesondere für die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten, wenn wichtige Kompetenzen nach Brüssel abwandern sollen oder wenn es um finanzielle Leistungen Deutschlands auf EU-Ebene geht.“

Wirtschaft: „... Das Exportland Bayern ist in besonderer Weise auf Europa als Wirtschaftsraum angewiesen... Jede neue europäische Regelung muss daraufhin geprüft werden, ob sie dem wirtschaftlichen Aufschwung dient und Beschäftigung schafft oder ob sie die Wirtschaftskraft hemmt und Arbeitsplätze gefährdet.... Man hilft den Schwachen nicht, indem man die Starken schwächt...“

Zuwanderung / Asyl: „...Wer ungerechtfertigt Sozialleistungen abrufen, soll Deutschland verlassen und darf nicht wieder einreisen. Nicht erwerbstätige, arbeitssuchende EU-Ausländer sollen in den ersten drei Monaten keine Sozialleistungen in Deutschland beziehen dürfen... wollen, dass die Asylverfahren beschleunigt und abgelehnte Asylbewerber schneller in die Herkunftsländer zurückgebracht werden. Länder mit minimalen Anerkennungsquoten sollen als sichere Herkunftsländer bestimmt und notfalls mit einer Visumpflicht belegt werden... lehnen einen europäischen Verteilungsschlüssel für Asylbewerber ab. Wer in Deutschland Asyl bekommt, darüber entscheiden keine EU-Beamte, sondern deutsche Behörden.“

Zitat-Auszüge aus dem Wahlprogramm zur Europawahl 2014 der Partei CSU (nur Bayern).

Netzfrau Andrea Carls, 04.04.2014 – www.netzfrauen.org